

ZUM GEDENKEN AN DIE NOVEMBERPOGGROME

Corona- Verschwörungsmychen bekämpfen – auch an den Schulen

- Nach der „Querdenken“-Eskalation in Leipzig: Bildungsstätte warnt vor wachsender Militanz der antisemitischen Szene der Corona-Leugner*innen
- Zeitgemäße Gedenkkultur muss aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen
- Direktor Mendel fordert einen Masterplan zum Umgang mit Corona-Verschwörungsideologien als Teil der Pandemiebekämpfung

Anlässlich des heutigen Gedenkens an die Novemberpogrome von 1938 warnt die Bildungsstätte Anne Frank vor der zunehmenden Militanz der Szene der Corona-Leugner*innen, die am Wochenende bei den Ausschreitungen der „Querdenker“ mit gewalttätigen Angriffen auf Journalist*innen in Leipzig erneut offen zutage trat. Bereits in den vergangenen Monaten war die Protestbewegung durch antisemitische und verschwörungsideologische Positionen auffällig geworden. Die Bildungsstätte fordert deshalb einen Plan zum Umgang mit Verschwörungsideologien als Teil der Pandemiebekämpfung durch den Bund und die Länder. Das Gewaltpotenzial der Szene äußerte sich zuletzt auch in Brandanschlägen gegen Forschungseinrichtungen und Morddrohungen gegen Politiker*innen oder Einsatzkräfte.

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, sagt: „82 Jahre, nachdem in Deutschland die Synagogen brannten, bereitet uns die Szene militanter Corona-Leugner*innen besonders große Sorge. Wer sich einen Judenstern mit der Aufschrift ‚ungeimpft‘ ans Revers heftet, stellt sich völlig geschichtsvergessen mit den Opfern des Nationalsozialismus auf eine Stufe. Hinzu kommen Verschwörungsideologien mit antisemitischem Unterton und krassen Freund-Feind-Bildern – wenn etwa der Mythos von dunklen Mächten kursiert, welche ihre Geheimpläne durch Fehlinformationen durchsetzen wollten. Am Wochenende ließ sich in Leipzig beobachten, wie leicht diese Bilder in offene Gewalt, etwa gegen Journalist*innen und Andersdenkende umschlagen – und wie erschreckend wenig die Staatsmacht dem entgegenzusetzen weiß.“

Nicht zuletzt durch prominente Unterstützer*innen drohten die Verschwörungsmythen der Szene auch in der bürgerlichen Mitte zu verfangen, führt Mendel weiter aus – Schätzungen zufolge glaubten 25 bis 30 Prozent der deutschen Bevölkerung an Corona-Verschwörungen. Auch die AfD fische gezielt in dieser Szene nach Wählerstimmen, wenn sie – wie ihr Co-Fraktionsvorsitzender Gauland – im Bundestag von einer ‚Corona-Diktatur‘ spricht und damit die NS-Diktatur verharmlost. „In einer Zeit, da antisemitische Verschwörungsideologien und antisemitisch motivierte Gewalt Hochkonjunktur haben, reicht es nicht aus, einmal im Jahr mit Blick auf die nationalsozialistischen Verbrechen ritualhaft ‚nie wieder‘ zu sagen.“

„Wir müssen konsequenter gegen Falschbehauptungen und verfassungswidrige Äußerungen von QAnon und anderen Corona-Leugner*innen vorgehen, etwa in den Sozialen Netzwerken, und auch Verbote ihrer Symbole zu prüfen“, so Mendel weiter. Dass einzelne Städte wie München oder Wiesbaden das Zeigen von „Judensternen“ mit der Aufschrift „ungeimpft“ auf Demonstrationen von Corona-Leugner*innen bereits verboten hätten, sei erfreulich, aber nicht genug: „Wir brauchen einen Masterplan zum Umgang mit Verschwörungsmythen als Teil der

Pandemiebekämpfung durch den Bund und die Länder – dazu gehört, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema in den Schulen fest verankert werden muss.“ Kindern und Jugendlichen müsse die Kompetenz vermittelt werden, Informationen von Fake News zu unterscheiden und Radikalisierung bei Gleichaltrigen und im sozialen und familiären Umfeld zu erkennen. Die Bildungsstätte entwickelt derzeit ein Game, das Jugendliche anregen soll, Antisemitismus und Radikalisierung wahrzunehmen und sich dazu zu verhalten – die Beta-Version der App wird noch dieses Jahr in Schulen getestet.

In Leipzig waren am Wochenende auf der „Querdenken“-Demonstration tausende Menschen, darunter zahlreiche bundesweit angereiste Rechtsextreme und Hooligans, durch die Innenstadt gezogen. Trotz zahlreicher Verstöße gegen Hygieneregeln und andere Auflagen, sowie gewalttätiger Übergriffe auf Medienvertreter*innen und Gegendemonstrant*innen, ließ die anwesende Polizei sie weitgehend gewähren. Die Behörden bilanzierten 102 Straftaten mit 89 Beschuldigten, 13 vorläufige Festnahmen und 18 Ingewahrsamnahmen sowie 140 Ordnungswidrigkeiten.

Die Sicherheitsbehörden hatten erst kurz zuvor auf das gestiegene Gewaltpotenzial der Szene hingewiesen, die „ganz normale Bürger“, rechtsesoterische Impfgegner*innen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideolog*innen bis hin zu militanten Neonazis vereint – nachdem im Oktober u.a. Angriffe mit Brand- und Sprengsätzen auf die Leibniz-Gemeinschaft und das Robert Koch Institut verübt worden waren. Mit Blick auf die USA, wo gerade eine Anhängerin der QAnon-Bewegung ins Repräsentantenhaus gewählt wurde, ist zu erwarten, dass die Anhänger*innen dieser antisemitischen Verschwörungsideologie auch hierzulande Auftrieb erhalten und sich weiter radikalieren werden.

Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#IstAlltag

#Hessenschauthin

**Eva Berendsen und
Marie-Sophie Adeoso**

Ansprechpartnerinnen für
die Presse

T. (+49)69 560 00 – 232/-264
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main

BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK -
ZENTRUM FÜR POLITISCHEBILDUNG
UND BERATUNG HESSEN